

Chronologie zur Entwicklung der Halbinsel Krim

mithilfe der Fakten laut dem Internet-Lexikon Wikipedia und einigen Auszügen aus der schweizerischen Seite *infosperber.ch/politik/welt/ein-genauer-blick-auf-die-annexion-der-krim*, 3.9.2023 (diese nachfolgend in Anführungszeichen).

„Im Jahr 1954 hatte die Sowjetunion die Krim an die Ukraine übertragen. Diese Abtretung war innerstaatlich nicht gesetzmässig. ...“

Was war geschehen? Seit über 160 Jahren war die überwiegend von Russen bewohnte Halbinsel Krim völkerrechtlich unbestritten auch ein Teil Russlands. Bis der Ukrainer Nikita Chruschtschow 1953 in Moskau an die Macht kam. Er „schenkte“ 1954 seiner Heimatregion eigenmächtig diese Halbinsel, als er **„gerade in einer Wodka-Laune“** war, wie der bekannte Journalist und Politik-Experte Peter Scholl-Latour schrieb. (*zit. nach bild.de, 19.3.2014*)

„Offiziell präsentierte Parteichef Chruschtschow [einem Ukrainer] diese Gebietsübertragung als ein Geschenk an die Ukraine zum dreihundertsten Jahrestag ihrer Verbindung mit Russland ... Die Bevölkerung der Krim hat diese Gebietsabtretung an die Ukraine nie als rechtmässig anerkannt. Die Krim war vorher noch nie unter der Herrschaft der Ukraine.“

„Im Jahr 1989 lebten auf der Krim 1,63 Millionen Russen (67 Prozent aller Einwohner), 0,63 Millionen Ukrainer (26 Prozent aller Einwohner) ... Bei der Hälfte der [Minderheit der] Ukrainer, die auf der Krim leben, ist die Muttersprache [ebenfalls] Russisch [und nicht Ukrainisch].“

20. Januar 1991: Die Krim erklärt nach einer Volksabstimmung mit 93 % Zustimmung der Bewohner die „Wiederbegründung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim (ASSK)“, die 1945 abgeschafft worden war, was vom Obersten Sowjet der Ukraine am 12.2.1991 zwar bestätigt, jedoch eigenmächtig ergänzt wurde durch die Formulierung „innerhalb der ukrainischen sozialistischen Sowjetrepublik“.

4. September 1991: Nachdem sich ca. sieben Monate nach der Krim auch die ukrainische Sowjetrepublik am 24. August 1991 für unabhängig erklärt hatte und in dieser Erklärung die autonome Sowjetrepublik der Krim als Teil davon reklamiert hatte, widersprachen die Vertreter der Krim heftig. Einige Tage später, am 4. September 1991, bekräftigte daraufhin die ASSK die Krim als innerhalb der UdSSR autonom, aber ausdrücklich nicht als Teil der Ukraine.

1. Dezember 1991: Die Ukraine lässt sich ihre Unabhängigkeitserklärung in der Bevölkerung durch ein Referendum bestätigen und organisiert dieses Referendum gemäß

ihrer Gebietsansprüche, aber im Widerspruch zum Parlament der Krim auch auf der Krim. Und bei der dort im Verhältnis relativ geringen Wahlbeteiligung (67 %) stimmten auch nur 54 % für die Unabhängigkeit der Ukraine (und folglich 46 % dagegen), aber nicht für die Krim als Teil dieser sich für unabhängig erklärenden Ukraine.

26. Dezember 1991: Auflösung der UdSSR

26. Februar 1992: Regierung und Parlament auf der Krim ändern den Staatsnamen in Republik Krim. Die Zugehörigkeit zur Ukraine wird zurückgewiesen.

5./6. Mai 1992: Die ASSK der Krim stimmt einer Zugehörigkeit der Republik Krim zur Ukraine nur unter den Bedingungen einer Selbstverwaltung zu. Diese Bedingung der Selbstverwaltung wird dann am 19. Mai 1992 vom Parlament der Ukraine annulliert und auf diese Weise versucht, die Krim damit faktisch zu den ukrainischen Bedingungen zu annektieren.

21. Mai 1992: Nun greift Russland in den Konflikt ein. „**Der Oberste Sowjet Russlands in Moskau erklärt den Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR von 1954, mit dem die Krim der Ukraine zugeordnet wurde, für verfassungswidrig und <null und nichtig ab initio>**. Die Krim-Frage soll «auf der Basis zwischenstaatlicher Verhandlungen zwischen Russland und Ukraine unter Beteiligung der Krim und auf der Grundlage einer Willensäußerung ihrer Bevölkerung geregelt werden»“. Damit bleibt die „Krim-Frage“ ungelöst.

20. Mai 1994: Das Parlament der Krim beschließt, die Verfassung der vorherigen Republik Krim vom 6. Mai 1992 wieder in Kraft zu setzen, die zwar die Krim als einen Teil der Ukraine grundsätzlich befürwortet, jedoch an die Bedingung knüpft: **Die Beziehungen zwischen der Krim und der Ukraine sollten wie zwischen souveränen Staaten geregelt werden.**

5. Dezember 1994: „Im Rahmen einer KSZE-Konferenz wird das *Budapester Memorandum* unterzeichnet. Die Ukraine gibt der UdSSR die Atomwaffen zurück, die auf ihrem Staatsgebiet verblieben waren. Gleichzeitig garantieren die UdSSR, die USA und Grossbritannien der Ukraine «ihre Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität». ... **Zu diesem Zeitpunkt geht die Krim davon aus, dass sie – de jure – seit Mai 1994 nicht mehr Teil der Ukraine ist** [weil ihre Bedingung dafür nicht erfüllt wird] **und sie daher dieser Vertrag nicht betrifft.**“ Dies wird in den Folgejahren von Medien des Westens jedoch meist verschwiegen.

17. März 1995: „Durch das Memorandum fühlt sich die Ukraine gestärkt. Das Parlament in Kiew erklärt [nun] die 1994 eingeführte Verfassung der Krim für null und nichtig und schafft die Verfassung der Krim [damit] ab ... **De facto annektiert die Ukraine die Republik**

Krim. Kiew unterstellt die Region seiner direkten Kontrolle, schafft das Amt des Krim-Präsidenten ab und setzt ein Ultimatum für eine neue Regionalverfassung. Damit löst sie **Demonstrationen des Volkes für eine Angliederung der Krim an Russland** aus.“ Westliche Medien haben auch darüber kaum berichtet.

31. Mai 1997: „Die Auseinandersetzungen zwischen Kiew und der Krim sowie die Sorgen der russischsprachigen Bevölkerung führen zur Unterzeichnung eines *Freundschaftsvertrags* zwischen der Ukraine und Russland (Boris Jelzin). Weil die Ukraine damals eine Abspaltung der Krim befürchtete, wird die Unverletzlichkeit der Grenzen (einschliesslich der Krim) im Vertrag festgehalten, allerdings unter der **Bedingung** – und das ist entscheidend –, **dass «der Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Eigenart der nationalen Minderheiten auf ihrem Staatsgebiet» garantiert wird** ...“

Und wie ging es weiter?

Wir empfehlen allen, die sich nicht von den „Leitmedien“ an der Nase herumführen lassen wollen, auch das Weitere zu lesen.

2014 – Bereits zweieinhalb Tage nach dem vom Westen befeuerten und mit Milliarden Dollars im Vorfeld unterstützten und finanzierten Maidan-Putsch und einer von den USA und den Putschisten undemokratisch eingesetzten neuen Regierung u. a. mit Vertretern der faschistischen Swoboda-Partei geschieht folgendes: Das ukrainische Parlament wird gedrängt, die zuletzt im Freundschaftsvertrag von 1997 garantierten **Minderheitenrechte für die Russen auf der Krim abzuschaffen**, darunter, ihre Sprache auch als Amtssprache nutzen zu dürfen. Die pro-westlichen Putschisten drohen auf manche Art der Krim und allen nicht rassistischen Ukrainern im Land, die Ukrainisch nicht als Muttersprache sprechen, und es wird auch mit der Auflösung des russischen Militärstützpunktes gedroht.

Der Vorsitzende der neuen Regierungspartei Swoboda, Oleg Tjahnybok, kündigte erst wenige Tage zuvor an, dass nun das Erbe Stepan Banderas [dem mit der deutschen NS-Diktatur verbündeten ukrainischen Massenmörder an Juden, Polen und Russen] nach einer reinrassischen Ukraine fortgesetzt werde: **“Heute sind wir die Erben von Stepan Bandera.”** [des Völkermörders an Tausenden von Russen, Juden und Polen] **„Auch während der Unruhen in Kiew schallt immer wieder der alte Schlachtruf der Faschisten durch die Straßen: ‘Bandera komm zurück und Sorge für Ordnung!’ ‘Ruhm der Ukraine, tötet den Feind!’ ‘Ukraine über alles!’“** (zit. nach *Panorama*, 6.3.2014)

Zwar wird die Parlamentsentscheidung, die Minderheitenrechte der Russen auf der Krim und der übrigen Ukraine abzuschaffen, vom damaligen ukrainischen „Übergangspräsidenten“ nicht ratifiziert, auch aufgrund von einigen besorgten Protesten

aus dem Westen. Doch Russland wartet die von der Putschisten-Regierung eingeleitete Entwicklung gegen die Bürger der Krim und gegen Russland nicht mehr ab. Denn mit diesen Initiativen wurde bereits die Bedingung des Freundschaftsvertrags von 1997 zwischen der Ukraine und Russland (*siehe oben*) für die Krim als Teil der Ukraine von einer definitiv nicht gewählten und nicht rechtmäßigen neuen Übergangsregierung in Kiew faktisch gebrochen bzw. deren Bruch weiter angedroht. Dies wird aber von pro-westlichen Interpreten des „Völkerrechts“ gerne unterschlagen bzw. nicht so interpretiert.

Nach wenigen Tagen holte sich Russland bekanntlich die Krim unblutig zurück, die bis 1954 ohnehin nahezu 170 Jahre zu Russland gehört hatte, und führte die z. B. am 21.5.1992 vertraglich angekündigte „**Willensäußerung ihrer Bevölkerung**“ in einer demokratischen **Volksabstimmung** durch. Über 96 % der Wähler stimmten zu, und es folgten öffentliche Jubelfeiern bei der Bevölkerung der Krim. Es war das zu erwartende Ergebnis, da die Bevölkerung bis dahin immer entweder mehrheitlich für Unabhängigkeit oder für Anschluss an Russland gestimmt hat. Lediglich eine Umfrage eines pro-ukrainenationalistischen Instituts aus Kiew behauptete gemäß eigener Recherchen zuvor „nur“ umfragemäßige 41 % Zustimmung für Zugehörigkeit zu Russland.

Der kollektive Westen erkennt das Ergebnis der Volksabstimmung jedoch nicht an, auch nicht die vermeintlichen „41 %“ der von ihren eigenen Propagandisten ermittelten Werte, weil die westlichen Mächte und das von den USA mit Zustimmung der EU-Länder eingesetzte neue Regime in Kiew nicht einbezogen wurden. EU- und NATO-Vertreter sprechen stattdessen von einer „Annexion“ durch Russland und beginnen nun mit beispiellosen Sanktionen den **Wirtschaftskrieg** gegen Russland, flankiert vom **Bürgerkrieg** des neuen Kiewer Regimes im Donbass gegen die eigenen Bevölkerung im Osten mit bis 2022 ca. 14.000 Toten.

Über den ehemaligen sowjetischen Präsidenten **Gorbatschow** schrieb der *Tagesspiegel* in Berlin am 31.8.2022:

„**Die Wahrheit besteht darin, dass man die Krim nicht von Russland losreißen darf**“, sagte er im November 2014 bei einem Besuch in Berlin“ Und: „Es gibt nur ein wesentliches Fieber auf der Welt – die USA und ihren Führungsanspruch“, sagte er. **Die Ukraine werde von der US-Regierung nur als Vorwand genommen, um weiter nach Vormacht zu streben.** Es gebe Anzeichen für einen neuen Kalten Krieg. **Die Welt steht am Abgrund eines großen Unglücks.** Dem Westen warf er vor, nach dem Zerfall der Sowjetunion „arrogant und selbtherrlich“ aufgetreten zu sein. Eine „triumphale Stimmung“ habe geherrscht, vor allem in den USA. Als „Gewinner“ sei entschieden worden, ein „neues Imperium“ aufzubauen.“

Und so nimmt das Unglück seinen Lauf. Für dieses „Imperium“ und seinen „Führungsanspruch“ beschwor die deutsche Außenministerin Baerbock am 2.8.2022 in New York eine „**Führungspartnerschaft**“ zwischen den USA und Deutschland.

Und weiter ging es Richtung Abgrund:

5.1.2023 – Die deutsche Außenministerin **Annalena Baerbock** plädiert für mehr Waffen, für das Regime in Kiew mit der Begründung: „Zur Verteidigung der Ukraine gehöre **selbstverständlich auch die Befreiung der besetzten Gebiete** [die russischsprachige Krim und der russischsprachige Donbass], Kiew brauche die hierfür nötigen Mittel. **Wir müssen ständig schauen, was wir mehr tun können**.“ (*Westdeutsche Zeitung*, 5.1.2023)

Nahezu gleichzeitig berichtet *ntv.de* am 6.1.2023 über die Regierung in Kiew. Diese Regierung werden den Krieg solange fortsetzen, **„bis der letzte russische Eindringling auf ukrainischem Boden getötet ist“**, so **Selenskyjs Kriegsminister** (*ntv.de*, 6.1.2023). Volksabstimmungen auf der Krim werden abgelehnt. Und Deutschland hilft mit Milliarden und Abermilliarden und immer neuen Geldkoffern im Gepäck bei nahezu dauernden Besuchen von Regierungsvertretern in Kiew und liefert ständig Waffen und kündigt unbegrenzte weitere Waffenlieferungen und auch dauernd weitere Zahlungen an.

Wenige Wochen später beschwört der deutsche Verteidigungsminister **Boris Pistorius** ausdrücklich unbegrenzte Militärlieferungen aus Deutschland an die ukrainischen Nationalisten für den Krieg: **„Ich bleibe dabei und sage es immer wieder aus tiefster Überzeugung: Wir werden die Ukraine unterstützen, mit allem was möglich ist – as long as it takes“** (= **„so lange, wie es dauert“**). (*zeit.de*, 5.5.2023)

Und bei ihrem vierten Kriegsbesuch (von letzten Endes elf) in der Ukraine bekräftigt die Außenministerin die **„tiefste Überzeugung“** ihres Minister-Kollegen und wiederholt, dass immer neue Waffen gen Osten geliefert werden und unbegrenzt weitere Milliarden fließen, **„no matter how long it takes“** (= **„egal, wie lange es dauert“**) (*Odysee*, 13.9.2023), bis eben das nationalistische Regime in Kiew seine Ziele erreicht habe. Kurz darauf wurden in Berlin auch die Milliarden verdoppelt, die man aus den deutschen Steuereinnahmen 2024 der Regierung in Kiew überweisen will. Die **„Rüstungshilfe“** werde **„massiv ausgebaut“** (*spiegel.de*, 13.11.2023), weswegen man dann auch die eigenen Bürger immer mehr finanziell zur Kasse bittet. Und bei dieser ihrer Erklärung gibt die deutsche Führungspolitikerin dann auch zu, dass es hier darum geht, **„sich den geopolitischen Herausforderungen hier vor Ort zu stellen“**.

Geopolitik also, die Osterweiterung von EU und NATO, immer bedrohlicher auf den „Gegner“ Russland zu. **Deshalb müsse die EU auch alles westlich von Russland mehr oder weniger einverleiben**. Denn, so die deutsche Außenministerin weiter: **„Wir können uns in Europa keine Grauzonen mehr leisten“** (*rnd.de*, 2.11.2023). Und die Krim will man dazu Russland wieder wegnehmen und mit aller Macht ins westliche Lager ziehen.

Und auch der im völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 von Serbien abgespaltene albanische Zweitstaat **Kosovo** müsse deshalb in die EU und auch das mit Russland eng verbündete Serbien selbst – allerdings zu Bedingungen, die in Brüssel festgelegt würden. So, wie man 2013 mit einem alternativlosen „Assoziierungsabkommen“ auch die guten Wirtschaftsverbindungen von Russland zur Ukraine beenden und damit die damalige ukrainische Regierung in gewisser Weise erpressen wollte, was diese jedoch nicht akzeptiert hatte. Und wie es dann weiterging, ist nun ja weitgehend bekannt.

Doch schon damals wurde von einigen westlichen Politikern erkannt, welche aggressiven Mächte hier im Westen das Kommando übernommen hatten. So erklärte der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen: „**Weil europäische politische Eliten nur noch in Kategorien wie prorussisch und proeuropäisch denken konnten und den Konflikt statt den Dialog mit Russland bevorzugten, haben sie die schwerste Krise in Europa in diesem Jahrhundert mit ausgelöst. Ein Gutteil der Verantwortung dafür liegt in Berlin ... auch Russland ist Teil Europas.**“ (*spiegel.de, 19.5.2014*)

Und noch einige Jahre später, 2020, bekannte der ehemalige SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck im Rückblick: „**Aber es wird ja heute auch in Deutschland diskutiert, ob es denn klug war, dass wir der Ukraine mit dem Assoziierungsabkommen nur die Wahl gelassen haben, sich entweder der EU oder Russland anzunähern und parallel dazu die russische Seite nicht in die Gespräche mit einbezogen haben [obwohl Präsident Putin friedlich darum gebeten hatte]. Das war ein weiterer Grund, der dazu geführt hat, dass die Russen massiv geworden sind und dass es zu Reaktionen gekommen ist, deren Ergebnis wir heute mühsam abarbeiten müssen.**“ (*welt.de, 7.3.2020*)

Doch die Eskalation aus dem Westen ging weiter und weiter, unter anderem auch im ukrainischen Bürgerkrieg, bis Russland schließlich 2022 in die militärische Offensive ging, sowohl in den russischsprachigen Republiken im Osten als auch in der übrigen Ukraine. Voraus ging, dass die nationalistischen Ukraine-Regierungen die Vereinbarung des völkerrechtlich bindenden Abkommens von Minsk aus dem Jahr 2015 zu Verhandlungen mit den ostukrainischen pro-russischen Republiken durchgängig ablehnten, welche hätten dazu führen sollen, dass diese Regionen Teil der Ukraine bleiben könnten. Stattdessen wurde der Krieg intensiviert, woraufhin Russland schließlich direkt eingriff, im Westen seither „Putins Angriffskrieg“ genannt.

Und weiter gingen also die Gemetzel an der Front, die grausamen Blutmühlen im Osten mahlen im Hochbetrieb, und Deutschland drängte und drängt bis heute immer mehr in eine Führungsposition.

13.11.2023 / 30.5.2025